

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Minister Dr. Helmut Linssen
Jägerhofstr. 6

40479 Düsseldorf

Unser Zeichen (stets angeben)
ML/Ge N01

Telefon
(02 01) 2 94 03 /20

e-mail
patricia.gesthuisen@gew-nrw.de

Datum
02.11.2006

Bezahlung neueinzustellender Lehrkräfte Abwanderung in andere Bundesländer

Sehr geehrter Herr Minister,

zu Beginn dieses Schuljahres ist der noch bis 2007 geltende Mangelfacherlass zurückgenommen worden. Dies hat für zahlreiche sog. Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf die Folge, dass eine Verbeamtung nicht mehr in Frage kommen soll. Sie sollen daraufhin als Angestellte nach dem neuen Tarifvertrag TV-L eingestellt und entsprechend vergütet werden. Dies bedeutet einen massiven finanziellen Unterschied sowohl zu dem Beamtenstatus wie auch zu einer ursprünglich gedachten Einstellung nach dem BAT.

Zur Erläuterung ist ein Beispiel hilfreich: ein Gymnasiallehrer erhält nach BAT IIa 3777,- € brutto, als Beamter 3643,- € brutto und als Neueinsteiger nach TV-L 2745,- € brutto. Es kommt also zu einer Schieflage bei einer Einstufung ohne Anerkennung von Berufserfahrung und Referendariat in der Stufe 1 von annähernd 1000,- € brutto.

Mit diesen gravierenden Einkommensunterschieden bei gleicher Arbeit ist der Betriebsfrieden in den Schulen ernsthaft in Gefahr.

Mit der Rücknahme des Mangelfacherlasses, auf den „Seiteneinsteiger“ vertraut haben, hat die Landesregierung diese Situation herbei geführt

Bereits in den Tarifverhandlungen haben wir darauf verwiesen, dass unter anderem das Referendariat zu einer höheren Stufenzuordnung führen muss. Gerade bei „Seiteneinsteigern“ müssen auch weitere Berufserfahrungen angerechnet werden, da der Dienstherr hiervon insbesondere profitiert.

Die Betroffenen – wir gehen davon aus, dass es über 2000 junge Lehrerinnen und Lehrer sind - überlegen in dieser Situation ernsthaft, sich nach dem Referendariat in einem der umliegenden Bundesländer zu bewerben, die ausnahmslos noch bis zum Alter von 45 Jahren verbeamten. Dann hätte das Land NRW etwa 30.000 € je Ausbildung einer dringend benötigten Lehrkraft für ein anderes Bundesland ausgegeben.

Das Problem wird bereits bei der Einstellung von Lehrkräften zum 01. Februar 2007 deutlich werden. Im Interesse der Schulen des Landes bitten wir Sie deshalb dringend um einen Gesprächstermin, um rechtzeitig eine tragfähige Lösung herbeiführen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Meyer-Lauber

P.S.: Ein gleichlautendes Schreiben habe ich an die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Sommer, gerichtet.